

## „NGO“ Hintergründiges zu einem Arbeitsstil



Autor: Jörg Bergstedt



Im Original: Auszug aus dem Bericht der "Gießener Allgemeinen" zur Landesdelegiertenversammlung des BUND Hessen (20.3.95, S.12)

... Der BUND wird sich möglicherweise in Zukunft unabhängiger von den Parteien machen, verriet die stellvertretende Bundesvorsitzende Dr. Angelika Zahrt. ...

Im Original: Bildtext in der BUND-Schrift "rückblick 96" (S. 12), das Bild zeigt Umwelt- und Atomministerin Angela Merkel und die stellv. BUND-Vorsitzende Angelika Zahrt

Nicht weit auseinander beim Europa-Kongreß des BUND: Angela Merkel und Angelika Zahrt in Berlin.

Reaktion auf ein ähnliches Bild (LeserInnenbrief in der "Natur&Umwelt" 2/97, S. 4)

Geschmacklos finden wir das Foto (S. 5), auf dem Umweltministerin Merkel und die stellvertretende BUND-Vorsitzende Zahrt mit der Unterzeile "Eintracht in Europa" abgebildet ist. Diese Art Anbiederung schadet dem Ansehen des BUND.

Auszüge aus einem Interview mit Josef Tumbrinck, NABU-Landesvorsitzender in NRW, aus Naturschutz in NW 3/96 (S. XI, Einhefter in "Naturschutz heute")

Tumbrinck: Ich engagiere mich in der Politik in Münster: seit der letzten Kommunalwahl im Stadtrat für die SPD, ...

Naturschutz in NW: Würden Sie den NABU-Mitgliedern vor Ort empfehlen, sich parteipolitisch zu engagieren?

Tumbrinck: Ja, auf jeden Fall, weil man über diese Schiene oft noch mehr bewegen kann als als "reiner" NABU-Mensch.

Naturschutz in NW: Böse Zungen behaupten, der Posten des NABU-Vorsitzenden wäre für Sie nur eine Durchgangsposition auf dem Weg zu Bundestag oder Landtag. Was ist davon zu halten?

Tumbrinck: ... Es kann sein, daß so etwas später kommt. ... Wenn man sich mit unserem Gesellschaftssystem anfreundet, dann muß man sich auch fragen lassen, ob man Aufgaben übernehmen will.

Gerd Billen, Geschäftsführer des Naturschutzbundes Deutschland, am 24.9.97 in einer internen Sitzung der AGU zu Ministerin Angela Merkel'

Zunächst einmal möchte ich mich für Ihr Engagement in Sachen Klimaschutz bedanken, Frau Merkel. Ich glaube – auch nach dem, was mir Kollegen über Ihr Auftreten sagen –, daß wir mit Ihnen im Bereich der ökologischen Außenpolitik derzeit einen Glücksfall haben. (Auszüge aus "Agenda, Expo, Sponsoring – Recherchen im Naturschutzfilz", IKO-Verlag, S. 217)

Der Begriff "NGO" (Non-governmental organization, deutsch NGO = Nicht-Regierungsorganisation) wurde im Zuge der Rio-Konferenz 1992 geprägt und schuf einen verbindenden Begriff für alle Organisationen, die nicht an der Regierung selbst beteiligt sind, aber dort bestimmte Interessen vertreten. Dazu gehören die Umweltverbände, die Gewerkschaften, Kirchen, alle Firmen und deren Zusammenschlüsse sowie viele mehr. Die Schaffung des Begriffes NGO ist nicht nur eine Bezeichnung für eine Organisationsform, sondern auch eine Denkklogik. Diese zu beschreiben, ist Ziel dieses Papiertes. Durch wird sichtbar, daß nicht die jeweilige Organisationsform, sondern eine bestimmte Handlungsstrategie das "NGO"-Dasein definiert. Es ist genauso denkbar, daß Massenverbände NGOs sind – meist dann aber nur ihre Spitzenstrukturen oder bestimmte Teile –, ebenso können Organisationen, die nur über ein oder wenige Büros, aber keine Basis verfügen, und Institute NGOs sein. Denkbar ist, daß innerhalb von Verbänden verschiedene Stile existieren, also z.B. das Handeln als NGO und das Handeln in der Öff-

entlichkeit – fast immer ausgehend von verschiedenen Personen oder Gremien innerhalb der Organisation und weitgehend nebeneinander her.

Mit der Kritik am NGO-Stil sind folglich nicht die Verbände und Gruppen als solches, sondern eine bestimmte Strategie gemeint. Welchen Umfang NGO-Arbeit innerhalb dieser Organisationen jeweils hat, ist höchst unterschiedlich – allerdings ist er in den letzten Jahren erheblich angewachsen.

Die Kritik an den NGO-Strategien von Organisationen bedeutet auch eine an den Organisationen und den dort handelnden Personen selbst, da sie dafür verantwortlich sind.

## Umweltschutz von unten

### statt Markt & Macht

### Gegen Agenda, Ökokapitalismus & Co.



www.umwelt-und-emanzipation.de.vu

## Was ist NGO-mäßiges Handeln?

Auch wenn sie Nicht-Regierungsorganisationen heißen – die Strategie des Handelns als NGO ist auf die Regierungsstrukturen bezogen. NGOs machen ihre Strategien genau an den durch die offiziellen Strukturen vorgegebenen Möglichkeiten fest. Sie sind damit strategisch abhängig. NGO bedeutet das Gegenteil von selbstorganisiert, spontan, kreativ oder autonom.

Es gibt mehrere Möglichkeiten, das eigene Handeln an den Vorgaben durch Regierungen sowie anderen Machtmechanismen (Markt, Konzerne usw.) auszurichten. Die wichtigsten seien im folgenden genannt. Es können je nach NGO mehrere und alle gleichzeitig zutreffen – das ist sogar eher der Normalfall.

### Strukturen passend zu offiziellen Machtstrukturen

NGO-Arbeit bedeutet, die eigenen Ziele auf den gleichen Ebenen wie Regierungen und andere Machtstrukturen (Konzerne, Institutionen) zu verfolgen und für die eigene Aktivität neben der dauernden Lobbyarbeit vor allem die Anlässe und Beteiligungsmöglichkeiten zu nutzen, die von Seiten der Regierenden vorgegeben werden. NGOs haben dazu ihre hauptamtlichen Strukturen in den letzten Jahren stark verändert. Gefördert werden (außer zur Geldbeschaffung) kaum noch eigene Handlungsfelder, sondern die Lobbyarbeit, die dauernde Mitwirkung in Gremien, die direkten Kontakte zu Machtgremien und die dauernde Präsenz an den Orten der Machtausübung.

Zum einen haben die Massenverbände, z.B. BUND, NABU oder BBU, ihre Vorstands- und Bürostrukturen so umgebaut, daß nun vor allem Lobbyarbeit geschieht. Die verbandsinterne Arbeit, z.B. die Unterstützung von Basisstrukturen, ist weitgehend zurückgegangen oder findet gar nicht mehr statt (so verfügt der Ex-Basisgruppenverband BBU heute nicht einmal mehr über einen regelmäßigen Rundbrief zu seinen Basisgruppen, stattdessen verbringen die SpitzenfunktionärInnen immer mehr Zeit in Regierungsgremien).

Zum anderen sind neue Institutionen entstanden, die von vorneherein nicht mehr über eine Basis oder eigene Handlungsstrukturen verfügen, sondern nur noch aus Büros und Hauptamtlichen bestehen, die ausschließlich der Lobbyarbeit und Geldbeschaffung dienen (wobei das oft eng zusammenhängt).

### Gier nach Posten

SpitzenfunktionärInnen in den NGOs zeichnen sich nicht mehr durch Erfahrungen in der Mobilisierung und Durchführung von Aktionen oder fachliches Know-How, sondern durch taktische Fähigkeiten bei der Lobbyarbeit aus. Damit geht den NGOs das personelle Potential verloren, überhaupt noch anders agieren zu können als NGO-mäßig.

Verbunden ist das mit einer Gier nach Posten. Das Erreichen der eigenen Ziele wird dadurch ermöglicht, daß immer einflußreichere Posten in den Regierungsapparaten angestrebt werden. NGO-FunktionärInnen bewerben sich um Leitungsstellen in Gremien, rangeln um die Besetzung der Plätze in Gremien oder versuchen, selbst in Parlamente oder leitende Posten der Verwaltung vorzudringen. Um das zu erreichen, ist ihr Verhalten anbiedernd, denn mit aggressiven Aktionen und Positionen ist Karriere in Regierungsapparaten nicht machbar.

### Aufbau von elitären Gremien

NGOs streben nicht nur nach Posten in Gremien, sondern kümmern sich auch selbst um den Aufbau neuer Gremien, in denen sie dann mit den Mächtigen zusammensitzen. Das reicht von der politischen Forderung nach besonderen Räten (Ökorat, Nachhaltigkeitsrat usw.) bis zu den massenhaft geschaffenen Gremien zur Agenda 21, in denen sich nicht etwa BürgerInnen engagieren, sondern vor allem die FunktionärInnen der NGOs – von Firmen bis zu Umweltverbänden. Diese Gremien schaffen eine neue Elite und definieren sich als Ergänzung der bestehenden Machtstrukturen, nicht aber als deren Gegengewicht oder gar Aktionsfeld, in dem auch Macht in Frage gestellt und mehr Beteiligungsrechte für die einzelnen Menschen eingefordert wird.

### Finanzielle Abhängigkeiten

Ohne eigene Basis bzw. in weiter Ferne von ihr wachsen die finanziellen Abhängigkeiten. Viele NGOs finanzieren ihre Arbeit ganz oder zu großen Teilen aus öffentlichen Zuschüssen, d.h. aus Geldern genau der Regierungsstellen sowie zunehmend auch Konzerne, die sie über ihre Lobbyarbeit gleichzeitig für sich zu gewinnen suchen. Daraus entsteht ein offensichtlicher Interessenkonflikt.

Die Verbände können nicht mehr drohen – zum einen, weil sie keine Basis mehr mobilisieren können bzw. ihnen bereits das Know-How für öffentlichen Aktionen fehlt, zum anderen aber auch, weil sie damit ihre eigene finanzielle Absicherung gefährden würden.

### Personelle Verflechtungen

Die Nähe zu den Regierenden, bewußt herbeigeführt, zieht direkte personelle Verflechtungen nach sich. Etliche SpitzenfunktionärInnen in den Umweltverbänden und auch anderen NGOs haben Parteibücher in der Tasche, verdienen ihr Geld

### Auszüge aus dem Rundbrief 2/1997 des Forum Umwelt&Entwicklung (S.12+18)

Die starke Ausrichtung des NRO-Handelns am offiziellen internationalen Konferenzgeschehen, dem von Seiten der einzelnen Regierungen bisher kaum konkrete Taten folgten, schlägt nun auf die NRO selbst zurück. Jetzt sitzen sie mitgegangen, mitgefangen in der Kooptationsschlinge. Die vielgepriesene NGO-community gab dementsprechend in New York ein trauriges Bild ab. Die NRO waren "ein Schatten ihrer selbst, geschrumpft auf ein kleines Häufchen konferenzgehörterer Lobbyisten und ein noch kleineres Fähnlein kritischer Warner und Mahner", so Uwe Hoering im Freitag von 4.7.97. Christa Wichterich vom NRO-Frauenforum bringt das Dilemma der deutschen NRO auf den Punkt: "Die NRO sind als Tiger abgesprungen und als Schoßhündchen gelandet."

### Auszüge aus dem Buch "Vernetzt und verstrickt" von Elmar Altvater u.a. (1997, Westfälisches Dampfboot, Münster, S. 13, 15 und 25)

NGOs dürfen in "Sandkästen" spielen, wie Jens Martens (WEED) meint. Ihre Expertise ist allenfalls im Rahmen der Institutionen der "global governance" gefragt, um umwelt- und sozialpolitisch Porzellan zu kleben, das die Finanz- und Wirtschaftspolitik zerschlagen. ... Die alten und neuen sozialen Bewegungen sind demnach weder in Deutschland noch in anderen Ländern von der Bildfläche verschwunden, um "den" NGOs Platz zu machen. Wenn sie alle sich der neuen Typologisierung unterzuordnen hatten, dann schlicht aus politisch pragmatischen Gründen. Nur so konnte von den Segnungen des NGO-Booms in Form von Spenden und Staatsgeldern, medialer, öffentlicher und auch wissenschaftlicher Aufmerksamkeit oder internationaler Anerkennung und Reputation profitiert werden.

... Die "Zeit der Unschuld" (Die Zeit vom 6.9.96) ist jedenfalls für die NGOs vorbei. Die Entwicklung eigenständiger Initiativen einer autonomen, regierungsunabhängigen Vernetzung scheint unabdingbar für eine langfristige Perspektive. Andernfalls würden NGOs eine gesellschaftliche Produktivkraft in der "Netzwerkgesellschaft" sein (oder werden) und allenfalls einen Beitrag zur Symptombehandlung der typischen Schäden von Industriegesellschaften in der Umwelt oder im sozialen Bereich leisten. Ihr Status würde zu dem von zivilgesellschaftlichen Akzeptanzbeschaffern für das Entwicklungsmodell degenerieren, das zu ersetzen oder zu korrigieren NGOs (und neue soziale Bewegungen) ursprünglich angetreten sind.

in Staatsapparaten oder stehen vor Karrieresprüngen in Parlamente oder Verwaltung. Das beeinträchtigt die freien Entscheidungsmöglichkeiten der NGOs beträchtlich.

### Teilnahme an der Macht

Die verschiedenen NGOs wollen gemeinsam eine zusätzliche politische Struktur innerhalb des parlamentarischen Systems sein. Einzelne Vorschläge, z.B. im Öko-Vordenker-Blatt "Politische Ökologie", gehen soweit, neben Bundestag und Bundesrat eine Dritte Kammer für die NGOs schaffen zu wollen. Die Umweltverbände saßen dann plötzlich mit der Industrie, dem ADAC und anderen in einem Boot. Dieses Bestreben hat mindestens drei negative Folgen: Zusammen mit dem in den letzten Jahren entwickelten Bedürfnis nach Konsens und Dialog gehen die Feindbilder verloren – und damit auch klare Abgrenzungen samt ihrer inhaltlich-politischen Profile. Um eine Handlungsfähigkeit zu erreichen, müßten ständige Kompromisse geschlossen werden. Die Situation wäre sehr ähnlich den Agenda- und anderen Runden Tischen.

Schlimmer noch ist eine zweite Wirkung: NGOs sind zwar nicht die Regierung selbst, treten aber zu den Mächtigen auf die gleiche Ebene – als Berater und Lobbyisten, am liebsten aber als eigenständiger Machtfaktor. So gibt es bereits in einigen Bereichen ein Klagerecht für Verbände, während BürgerInnen nicht klagen können. Viele Verbände fordern ein NGO-Parlament neben Bundestag und -rat. Viel diskutiert ist die Idee des "Governance" als eine Form des Regierens (z.B. global) in einem nicht einmal mehr durch Wahlen (die bekanntlich auch keine Mitbestimmung schaffen) legitimierten Dunstkreis von Regierungen, Konzernen, Institutionen und NGOs – letztere als selbsternannte Vertreter der Zivilgesellschaft, während die Menschen tatsächlich immer weniger mitbestimmen können. Die deutlichste Abgrenzung verläuft damit zu den "normalen BürgerInnen". Die NGOs kämpfen für ihre eigenen Rechte, nicht für die aller Menschen oder der unabhängigen bzw. lokalen Gruppen. Da sich zudem

Emanzipatorischer Umweltschutz steht für ökologische Strategie, die die Menschen zu den Entscheidenden machen. Selbstbestimmtes Leben, eine emanzipatorische Gesellschaft ohne Obrigkeit oder Wirtschaftsdominanz und der Schutz der Lebensgrundlagen gehören zusammen.

Ein wichtiges Element ist eine selbstkritische und kreative Diskussion um die politische Ziele und Strategien. Das hier vorliegende Papier dokumentieren wir, weil es Teil unsere Debatte ist. Es ist nicht die Meinung aller – darauf kommt es nicht an. Wir wollen nicht gleichschaltet werden, und wir schalten uns nicht gleich. Wer an den Debatten teilnehmen will, kann das gerne. Nähere Infos unter [www.umwelt-und-emanzipation.de.vu](http://www.umwelt-und-emanzipation.de.vu) und [www.projektwerkstatt.de](http://www.projektwerkstatt.de).

neue Bündnispartner (eben die anderen NGOs) anbieten, geht der Kontakt auch zur eigenen Basis weiter zurück. Folge in den großen Umweltverbänden: Die Geschäftsstellen werden mit immer mehr Personal für die Lobby- und Gremienarbeit aufgestockt, während der Kontakt zur Basis verkümmert.

Drittens entsteht eine Gefahr aus dem einzigen gemeinsamen Interesse der verschiedenen NGOs. Was ADAC, Gewerkschaften und Frauenverbände mit UmweltschützerInnen oder Eine-Welt-Läden eint, ist die Forderung nach der Förde-

**Auszug aus dem Beitrag der Frauen-Fisch-AG in: "Zeitgeist mit Gräten" (1997, YetiPress, Bremen, S. 48)**

Eine wichtige Rolle wird auch Umweltverbänden, Bürgerinitiativen, alternativen Forschungseinrichtungen (sic!) und NGOs aller Formen und Größe zugeschrieben. Unterbelichtet bleibt, wer wen wozu legitimiert, wie Partizipation im nationalen und internationalen Rahmen "gesichert" werden sollte, wie Entscheidungsfindungen im kommunalen, regionalen, nationalen und internationalen Rahmen organisiert werden können.

grenzung selbstorganisierter Gruppen nach sich ziehen (allerdings kann es auch zu einer Klärung führen, in dem selbstorganisierte Gruppen jede Chance auf öffentliche Förderung verlieren, können sie sich mehr auf ihre autonome Aktionsform konzentrieren).

Akzeptanzbeschaffung

Durch die Mitwirkung an den Entscheidungsprozessen, ohne jedoch wirklich Mitspracherechte zu haben, gegen die NGOs den Regierenden einen sozialen und ökologischen "Touch". Das stärkt die Herrschenden und ihre Entscheidungen.

Wirkung auf Bündnisse

NGOs wirken auf Bündnisse "NGOisierend", d.h. sie übertragen ihre Arbeitsformen auf das Bündnis. Das hat verschiedene Ursachen und Folgen:

- NGO-orientierte Verbände können an Bündnissen mit radikalen Aktionsstrategien und -inhalten nicht mitwirken, ohne ihren Ruf als regierungsberatende Organisationen zu riskieren, d.h. weiter von den Regierenden akzeptiert zu sein.

**Christoph Spehr in seinem Buch "Die Ökofalle" (1996, ProMedia, Wien, S. 125)**

Wenn heute einige von einer neuen zukünftigen Elite aus "rationalen" Unternehmen, VertreterInnen der ökologischen NGOs, "modernen" Staatsbürokraten und multinationalen Konzernen sprechen, die sich die Führerschaft für weitere gesellschaftliche Entwicklung nehmen wird, dann ist das nicht falsch. Hier findet eine Integration und ein personeller Austausch statt, so wie in der ersten Jahrhunderthälfte die alte Herrschaftselite einzelne Repräsentanten der Sozialdemokratie akzeptierte, aufnahm und mit ihnen zusammenwuchs. Es ist, wie gesagt, eine Art neuer Offizierskaste, die hier entsteht. Effizient im Denken, soldatisch in der Organisation, launig im Kasino und meilenweit getrennt von den Erfahrungen und der Alltagspraxis normaler Menschen. Fähig zur Kritik und zum Widerspruch, wo es um die Verbesserung des kapitalistischen Projektes geht; und persönlich gar nicht mehr in der Lage, Alternativen dazu überhaupt zu denken.

übernehmen die Funktionen, die ihnen eine dominante Rolle in den Bündnissen verschaffen, z.B. die Erstellung eines Rundbriefes, Einladung und Vorbereitung von Treffen, Kontaktadresse nach außen, Pressearbeit usw. Übersehen wird dabei auch, daß Hauptamtlichenstrukturen und Hierarchien nicht nur zur Zensur neigen, sondern in der Regel auch uneffizient agieren, da sie sich nicht nur an der Sache orientieren.

- NGOs müssen, wollen sie Bündnisse dominieren, auf einen hierarchischen Stil der Bündnisse drängen, denn sie verfügen in der Regel nur über wenige, dann aber hauptamtliche und strategisch erfahrene MitarbeiterInnen. Wo Bündnisse durch kleine Steuerungsgruppen koordiniert werden, wächst die Dominanz derer, die in kleinen Runden mit wenigen Personen agieren.

- Hinzu kommt die augenblickliche Schwäche der selbstorganisierten Gruppen, sei es lokal, regional oder auch in überregionalen Projekten. Eine überregionale Aktionsfähigkeit jenseits der NGOs und einiger weniger weiterer Hauptamtlichenstrukturen gibt es zur Zeit kaum.

rung von NGOs. Mehr Geld, Informationen, Posten usw. wollen alle. Daher werden die NGOs in diesem Fall eine starke Allianz für ihre eigenen Bedürfnisse und Vorteile entwickeln - und dabei den nicht-NGO-orientierten Gruppen konkurrierend gegenüberreten. Das kann eine Schwächung und Aus-

**Im Original: Ulla Peters in ihrem Beitrag "Neue kulturelle Kraft gesucht", in Politische Ökologie Mai '96 (S. 28)**

Ist denn ein ungebreimstes Anwachsen von lobbyistischen Nicht-Regierungsorganisationen (NRO) und Gruppen eine angemessene Reaktion auf die verschärfte ökologische und soziale Bedrohung? Wäre es nicht lohnender, die NRO-Aktivitäten von Regierungs- und Industrieaktionen, -dynamiken, -zeitrhythmen und -handlungserfordernissen wieder ein Stück weit zu entkoppeln?

Neben den überregionalen Strukturen und Büros übernehmen zunehmend auch Basisgruppen das Denken als NGO und entwickeln auf ihrer Ebene (Land, Region, Kommune) ähnliche Verhaltensweisen, bemühen sich um Posten in Gremien oder beteiligten sich als Arbeitsschwerpunkt an der Agenda.

Wer radikal bleibt, verliert dann oft den Kontakt zu denen an den Tischen der Mächtigen. Viele agieren weiter als Bürgerinitiative oder autonome Gruppe, verbleiben als naturkundorientierte Gruppe im Hintergrund oder lösen sich auf.

**Auszug aus einem Text in der FR vom 24.10.95**

Insgesamt ist die Umwelt-"Bewegung" in einer zwiespältigen Situation. Zum einen haben die Umweltorganisationen sich weitgehend professionalisiert, sind in der Lage, der staatlichen Planung und Exekutive eigene Vorstellungen entgegenzusetzen. Auf reale Utopien wird dafür weitgehend verzichtet. Zum anderen aber "bewegt" sich nicht mehr. Es fehlt der politische Druck, der die Herrschenden veranlassen könnte, Konzepte oder Utopien auch zu realisieren. Mit anderen Worten: Die einst agilen, spontanen und die Massen mobilisierenden Umweltverbände und -initiativen drohen immer mehr zu "Bürohengsten" zu verkommen. Der Kleinkrieg mit Politik und Administration bindet die Kräfte. Weit verbreitet in den Büros der "non-governmental organizations" (NGO's) ist die Angst, nicht ernst genommen zu werden, wenn der letzte fachliche und wissenschaftliche Beweis ihrer Position nicht erbracht werden kann. Überhaupt: Allein der Begriff NGO ist bezeichnend haben Professionalisierung und Anpassung inhaltlich schon so weit geführt, daß nur noch mit solch ausdrücklichen Buchstaben-Kennungen der Unterschied "zum System" verdeutlicht werden kann?

(alle Zitate aus "Agenda, Expo, Sponsoring - Recherchen im Naturschutzfilz", IKO-Verlag, S. 252f.)

**NGO-Arbeit angreifen**

Die durch die NGO-Orientierung vieler Verbände und Organisationen entstandenen Abhängigkeiten und politische Inhaltsleere einschließlich der Unfähigkeit, bissig und widerständig zu sein, ist offensichtlich. Es gibt keine Alternative, NGO-Arbeitsformen zu beenden, soll politische Bewegung wieder handlungsfähig und wirkungsvoll sein.

Inzwischen liegen genügend Beispiele vor, die direkte Vergleiche ermöglichen:

● Die NGO-dominierten Proteste gegen den Weltwirtschaftsgipfel im Juni 1999 in Köln und die von handlungsfähigen Aktionsgruppen organisierten Proteste gegen die WTO am 30.11.99 in Seattle. Dabei ist interessant, daß in Seattle auch Verbände an den Protesten beteiligt waren, die sonst als NGOs agieren, aber in Seattle auf eine öffentliche Aktionsform setzten. Die meisten deutschen NGOs verhielten sich da anders. Sie wollten gerne bei der WTO selbst dabei sein, baten den Atom- und Gentechnikfreund Klaus Topfer (CDU), für sie in der WTO zu sprechen, und kritisierten oder verschwiegen die Proteste zunächst. Zum Glück konnten die deutschen (und auch andere vergleichbare) NGOs in Seattle nicht so zum Zuge kommen wie in Köln - sonst wäre diese WTO vielleicht nicht gescheitert ...

● Die Anti-Atom-Proteste, wo im Zuge der sogenannten Konsensgespräche keinerlei Fortschritte, sondern eher nur rechtliche Absicherungen des Weiterbetriebs zu erreichen sind. NGO-Stil war es, sich als Berater aufzuspielen, die eigene Teilnahme an den Konsensgesprächen einzufordern und immer neue Zeiträume für den Ausstieg zu benennen (z.B. BUND-Energiesprecher Klaus Traube nach der Bundestagswahl 1998: 10 Jahre; SPD- und Umweltfunktionär Ernst-Ulrich von Weizsäcker: 30 Jahre usw.). Erst Ende 1999 fanden die Umweltverbände zaghaft zu öffentlichen Aktionsformen zurück, nachdem sie den totalen Mißerfolg ihrer Beraterorientierung bei der Bundesregierung bemerkten. Dennoch halten viele an ihrem Lobbystil fest oder fordern sogar deren Ausweitung (z.B. Restrisiko vom 27.9.99, S. 4).

Demgegenüber haben die direkten Proteste die Akzeptanz der Atomenergie im Laufe der Jahrzehnte erheblich reduziert. Ähnliches gilt auch für die Gentechnik: Direkte und öffentliche Aktionen haben die Gentechnik zu einer wenig beliebten Technologie gemacht - nicht die Lobbygespräche mit den Regierenden.

● Große Konferenzen und Veranstaltungen wie die UN-Konferenzen, Hearings und Kommissionen, wo NGOs längst eine große Rolle spielen und den Protest auf der Straße scheinbar einbinden und dadurch schwächen sollen. Ein prägnantes Beispiel war die Expo 2000, wo viele NGOs mitmachten in der Hoffnung, dann wenigstens noch kleine Verbesserungen oder Alternativen einbringen zu können. Sie hatten im zentralen Bereich der Expo, den Zukunftsentwurf für die Welt von morgen (Themenpark) genau nichts verändern können. Dort wurden neue Atomkraftwerke als Energielieferanten präsentiert - aber nebdaran drehten sich ein paar Windräder der Öko-Firmen und -Verbände. Medizin und Landwirtschaft waren von Gentechnologie geprägt - daneben stand der Bio-Erlebnishof von demeter. Weltweite Projekte waren der Transrapid,

mehrere Atom-Forschungsreaktoren, Genlabore – und auch ein paar Hecken des BUND, das Agendahaus des Umweltzentrums Dresden, die alternativen Lebensprojekte Pommitz, Steyerberg und artefact sowie viele weitere Projekte der Verbände. Sie dienten als Akzeptanzbeschaffer, auf die Expo-Ausgestaltung selbst hatten sie keinerlei Einfluß. Dort herrschten die Regierungen und Großkonzerne. Andere Beispiele zeigen das Gleiche: Bei der Klimakonferenz in Bonn, wo ein schlimmes, kapitalistisches und rassistisches Kyoto-Protokoll weiter verschlechtert wurde, schufen vor allem NGOs eine Akzeptanz – und verdrängten (durchaus bewußt, es gab etliche scharfe Auseinandersetzungen dazu) die konferenzkritischen Aktionen aus der öffentlichen Wahrnehmung. Nach den Protesten von Genua gelang es einigen Führungs-NGOs zusammen mit den regierungstragenden Medien, durch die Gründung eines neuen NGOs (Attac) die Proteste zu kanalisieren und auf inhaltliche Forderungen zu bringen, die längst schon in den Regierungsebenen selbst vorbereitet wurden (Tobin Tax wird von Institutionen wie der Weltbank schon lange geprüft, Schließung der Offshore-Zentren ist Diskussion in der EU). Aus Protest wurde so harmlose Politikberatung – gleichzeitig ist Attac auch der größte Spalter: Ständig fordern die FunktionärInnen (Attac hat nicht einmal eine Demokratie, die Führungsgruppe hat sich selbst ernannt bzw. war vor der Gründung von Basisgruppen schon gebildet) die Ausgrenzung militanter AkteurInnen. Attac ist der modernste NGO in Deutschland (Stand: Ende 2001) – seine Rolle als staatstragende Organisation, die Proteste kanalisieren soll zu ungefährlichen Themen und Aktionsformen bei gleichzeitiger Abwehr radikaler Positionen und Gruppen ist unübersehbar. Und erfolgreich – das schlimmste!

Ein Nebeneinander von NGO-Tätigkeit und direkter Aktion ist kaum oder gar nicht möglich, denn sie richten sich zu wesentlichen Teilen gegeneinander. Zum einen geht es um finanzielle und personelle Ressourcen, d.h. es ist nicht unendlich viel Zeit, Geld und Kraft da. Gremien- und Lobbyarbeit aber kostet sehr viel Zeit, die Hauptamtlichenstrukturen verschlingen große Teile des Geldes, das für politische Arbeit zur Verfügung steht.

Zum anderen werden NGOs und direkte bzw. öffentliche Aktionen gegeneinander ausgespielt. Unabhängige Aktionsgruppen werden damit konfrontiert, daß die Mächtigen ihre Handlungen über die Beratung der NGOs legitimieren ("die Expo ist öko, sonst würde doch der BUND, NABU, DNR, WWF ... nicht mitmachen" usw.). Zum Teil greifen die NGOs die direkten Aktionsgruppen sogar direkt an, in dem sie sich ständig von deren Aktionsformen distanzieren (z.B. bei widerrechtlichen Aktionen wie Besetzungen, Sabotage usw.). Auf der anderen Seite werden NGOs bei ihrer Lobbyarbeit immer wieder auf direkte Aktionen angesprochen und fühlen sich meist genötigt, dazu Stellung zu beziehen. Das belastet die Gespräche – bis dahin, daß NGOs radikalen Gruppen vorwerfen, ihnen die Lobbyarbeit zu erschweren.

## Die Geschichte spricht für direkte und öffentliche Aktionen

Gerade die Geschichte des Umweltschutzes zeigt, daß direkte und öffentliche Aktionen erfolgreicher sind. Der Umweltschutz wurde zu einer wesentlichen Kraft in der Gesellschaft, als er seine Forderungen mit direkten und öffentlichen

Aktionen einbrachte. Startbahn West, Wyhl, Brokdorf, Wackersdorf, Gorleben und mehr stehen für bundesweite Aktionen, viele örtliche Aktionen, Besetzungen usw. ergänzen diese Liste. Darüber ist der Umweltschutz durchsetzungsfähig geworden. Das Umweltbewußtsein stieg, die Politik zog einem Automatismus gleich mit Umweltschutzprogrammen, -gesetzen usw. nach.

Als die Umweltschutzorganisationen durch mehr Mitglieder und öffentliche Förderung gestärkt und hierarchisch durchorganisiert waren, die ersten FunktionärInnen Karriere machten in Parteien und Verwaltung, später auch in der Industrie, wechselte die Strategie. Dialog, runde Tische, Gremienarbeit und mehr standen nun im Mittelpunkt. Gleichzeitig ließ die Durchsetzbarkeit von Umweltschutzforderungen massiv nach. Heute sitzen "Ökos" in allen möglichen Gremien, Umweltschutz ist aber in der Öffentlichkeit unwichtig geworden. Neue Gesetze oder Programme wirken eher dem Umweltschutz entgegen.

Daraus ist zu schließen: Öffentlicher Druck, direkte Aktion und unabhängige Arbeitsstrategien verbessern die Durchsetzbarkeit der eigenen Forderungen. Allerdings gibt es im Konflikt mit den Regierenden weniger Chancen auf eigene Karriere und finanzielle Förderung. Der NGO-Stil dagegen verschlechtert die Durchsetzbarkeit politischer Forderungen, allerdings verbessert er die Chancen für Karriere und Fördergelder.

## Was ist zu tun?

Eine doppelte Strategie ist sinnvoll.

Zum einen müssen wieder vermehrt unabhängige Aktionsformen und -strukturen aufgebaut werden:

- Lokale, handlungsfähige Basisgruppen.
- Handlungsfähige regionale Bündnisse über Themen- und Verbandsgrenzen hinweg.
- Aufbau einer unabhängigen materiellen, d.h. auch finanziellen Basis.
- Aufbau eigener Zentren, Kommunikationsstrukturen usw.
- Wieder- oder Neubegründung selbstorganisierter Medien, Bildungsarbeit usw.
- Überregionale Handlungsfähigkeit auf der Basis autonom agierender Basis- und regionaler Zusammenhänge, d.h. ohne Zentralen und Hierarchie.
- Entwicklung dominanzfreier Diskussions- und Entscheidungsprozesse, d.h. Überwindung von Dominanzverhalten, Moderation, Steuerungsgruppen usw.

Zum zweiten muß innerhalb der Verbände, in denen der NGO-Arbeitsstil neben direkten und öffentlichen Aktionsformen existiert, eine klärende Debatte über die Strategien erfolgen. Ziel muß sein, eine unabhängige materielle und personelle Basis zu schaffen und eine basisorientierte, direkte und öffentliche Arbeitsweise auszubauen – zuungunsten der NGO-Orientierung. Angesichts der klaren Verhältnisse, daß die meisten Führungskader der Verbände einseitig auf den NGO-Stil setzen, ist eine solche Veränderung ohne die Entmachtung der jetzigen Vorstände und sonstigen Gremien nicht vorstellbar. Günstig wäre, insgesamt die Verbandsstrukturen zu dezentralisieren und so umzubauen, daß direkte und öffentliche Aktionsfähigkeit wieder entsteht.

Wo dieses nicht durchsetzbar ist, wird die Spaltung der NGO-orientierten Verbände besser sein als die jetzige Situation, wo auch Zeit und Geld der Verbands- teile, die noch direkt und öffentlich wirken wollen, für NGO-Arbeit genutzt werden. Die Widersprüchlichkeit einer Doppelstrategie (NGO und direkte Aktion, d.h. Bewegung und Parlamentarismus gleichzeitig) würde sonst endlos weitergehen.

## Die großen Ereignisse zum Scheidepunkt machen!

Am offensichtlichsten zeigen die großen Konferenzen und Hearings von Regierungen, Institutionen und UN, zu was der NGO-Stil führt. Daher lohnt sich eine direkte und öffentliche Auseinandersetzung mit ihnen auch aus diesem Grund. Denkbar ist nicht nur die Wiederbegründung einer außerparlamentarischen Opposition gegen Herrschaft und Neoliberalismus, sondern auch eine Auseinandersetzung mit den NGOs, die sogar diese Ideologien nationaler und ökonomischer Herrschaftstechnologien als Ort ihrer eigenen Mitarbeit akzeptieren. Die Auseinandersetzung mit WTO, G8, EU und anderen kann und sollte die Auseinandersetzung mit den herrschaftsstützenden NGOs enthalten. Dabei sollte den NGOs die Chance eröffnet werden, eine selbstkritische Diskussion zu führen und den Weg heraus aus der Nähe zu den Regierenden und staats- bzw. marktorientierten Lösungsvorschlägen zu finden. Ebenso sollte aber auch die Entschlossenheit bestehen, den weiterhin machtmitttragenden Verbänden nachdrücklich die "Rote Karte" für ihre Rolle als herrschaftsstützende Akzeptanzbeschaffer zu zeigen. Es kann offen bleiben, ob die Kritik zu einer Veränderung in einem NGO führt oder z.B. kritischen AkteurInnen und Basisgruppen dort nahelegt, auszusteigen oder zumindest auch in anderen Kooperationsstrukturen zu agieren.

## Materialien zu Widerstand und emanzipatorischer Ökologie



- **Reich oder rechts?** Infos zum Filz zwischen NGOs, Wirtschaft und Staat. Umweltverbände und -einrichtungen, rechte Ökologie, Esoterik, Anbiederung, Umweltparteien und vieles mehr. IKO-Verlag, 22,80 €.
- **Perspektiven radikaler, emanzipatorischer Umweltschutz:** Kapitel zu Strukturen, Naturschutz, Ökonomie, Umweltbildung und mehr. 280 S., IKO, 20 €.
- **CD zum Naturschutzfilz:** Gescannte Dokumente, Internetauszüge und mehr zum Filz. Mit Acrobat-Reader. Für DOS, Windows, Apple, Linux, OS/2, IKO, 20 €.
- **Gesamtpaket** (2 Bände + CD): 50 € pro Paket.
- **Freie Menschen in Freien Vereinbarungen:** Gegenbilder zu Verwertung, Herrschaft und Kapitalismus – Selbstorganisation, Selbstentfaltung, Gleichberechtigung, Mensch-Natur-Verhältnis, emanzipatorische Bewegung. 164 S., A5, 19,80 DM
- **Reader** zu Ökonomie und Ökologie, Agenda 21, Umweltbildung usw. Gesammelte Texte, Dokumente, Statements. A4, je ca. 70 S., je 6 €.
- **Aktionsmappe Umwelt:** Tipps für die konkrete politische Arbeit vor Ort: Organisation, Rechtliches, Aktionstipps, Finanzen usw., A4-Ordner. 15,- €.
- **Nachhaltig, modern, staatsrau:** Kritik politischer Konzepte in NGOs und Bewegung: Staatsnähe, Minimalreformismus, Marktwirtschaft als Lösung. A5, 220 S., 14 €.
- **Blockadefibel** – Tipps für Blockaden, Lockons, Besetzungen und mehr. A5, 52 S., 2,- €.
- **Viele A5-Hefte mit Aktionstipps.** Themen z.B.: Widerstand im Alltag, Aneignung, Gerichtsverfahren, Geschlechterverhältnisse und Widerstand, subversive Kommunikation, Achtung Polizei! oder kreativ demonstrieren. A5, 16-20 S., je 1 €.
- CDs mit Materialsammlungen zu vielen Themen

Bestellen bei:  
**Projektwerkstatt**  
 Ludwigsstr. 11, 35447 Reiskirchen  
 06401/90328-3, Fax -5  
 versand@projektwerkstatt.de  
 www.aktionsversand.devu